
1242/AB XXII. GP

Eingelangt am 11.02.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Inneres

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat, Mag. Gisela WURM und GenossInnen haben am 16. Dezember 2003 unter der Nummer 1243/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „die Entsendung von 'Leihgendarmen' für Tirol, Salzburg und Vorarlberg" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Da es sich gerade in den Wintersportgemeinden um eine saisonbedingte temporäre Mehrbelastung handelt und die Dienststellen während des restlichen Jahres ausreichend dotiert sind, ist es sinnvoll und ökonomisch, den anfallenden Mehraufwand während der Wintermonate Dezember bis März durch zugeteilte BeamtInnen zu bewältigen.

Zu Frage 2 bis 4:

Es werden keine GendarmeriebeamtInnen von den Dienststellen abgezogen.

Zu Frage 5:

Es werden nur AspirantInnen und Angehörige des GAL E2a herangezogen.

Für Tirol waren bzw. sind im Dezember 2003 27 und im Jänner 2004 25 Grundausbildungsteilnehmer E2a, im Februar und März 2004 42 AspirantInnen vorgesehen.

Für Salzburg waren bzw. sind im Dezember 2003 und im Jänner 2004 jeweils 18 Grundausbildungsteilnehmer E2a, im Februar und März 2004 25 AspirantInnen vorgesehen.

Für Vorarlberg waren bzw. sind im Dezember 2003 und im Jänner 2004 jeweils 27 Grundausbildungsteilnehmer E2a, im Februar und März 2004 25 AspirantInnen vorgesehen.

Zu Frage 6:

Die BeamtInnen werden in der Wintersaison von 1. Dezember 2003 bis 30. März 2004 eingesetzt.

Zu Frage 7 und 8:

Siehe Beantwortung der Fragen 2 bis 4

Zu Frage 9:

In Tirol befinden sich mit Stichtag 31. Dezember 2003 insgesamt 87 AspirantInnen des LGK Tirol und der BPD Innsbruck in Ausbildung.

Zu Frage 10:

In Salzburg befinden sich mit Stichtag 31. Dezember 2003 insgesamt 25 AspirantInnen des LGK Salzburg und der BPD Salzburg in Ausbildung.

Zu Frage 11:

In Vorarlberg befinden sich mit Stichtag 31. Dezember 2003 42 AspirantInnen des LGK Vorarlberg in Ausbildung.

Zu Frage 12:

Bundesweit befinden sich mit Stichtag 31. Dezember 2003 488 AspirantInnen in Ausbildung.

Zu Frage 13:

42 BeamtInnen werden mit 1. Juni 2004 und 10 BeamtInnen werden mit 1. August 2004 ihren Dienst als E2b-BeamtInnen in Tirol aufnehmen können. Hinzu kommen Versetzungen aus anderen Bundesländern.

Zu Frage 14:

In Salzburg werden am 31. Dezember 2004 25 BeamtInnen ihre Ausbildung beenden und anschließend ihren Dienst als E2b-BeamtInnen aufnehmen können. Hinzu kommen Versetzungen aus anderen Bundesländern.

Zu Frage 15:

In Vorarlberg werden am 1. September 2004 25 BeamtInnen des LGK ihren Dienst als E2b-BeamtInnen aufnehmen können. 17 weitere BeamtInnen beenden mit 31. Dezember 2004 ihre Ausbildung. Hinzu kommen Versetzungen aus anderen Bundesländern.

Zu Frage 16 bis 18:

Über die Zuweisungen zu den einzelnen Dienststellen werden zu gegebenem Zeitpunkt die zuständigen Dienstbehörden nach Maßgabe der jeweiligen Personalsituation entscheiden.

Zu Frage 19 und 20:

Sowohl für das LGK Tirol als auch für die BPD Innsbruck sind für das laufende Jahr Neuaufnahmen geplant. Außerdem erfolgen mit 1. Mai 2004 Versetzungen von Zollwachebediensteten in das Bundesland Tirol. Die konkrete Anzahl wird erst ermittelt.

Zu Frage 21:

Zur schwerpunktmäßigen Bekämpfung der Kriminalität werden 2004 bundesweit zusätzliche 150 Planstellen eingesetzt. Weiters wird vor allem durch den vom Bundeskriminalamt Österreich initiierten Steuerungsprozess, um die Effektivität und Effizienz des kriminalpolizeilichen Wirkens zu verbessern und die Führungsfunktionen in den regionalen Organisationseinheiten zur Kriminalitätsbekämpfung in einem Verantwortungskreislauf zu unterstützen und zu stärken, eine Verbesserung der Aufklärungsquote auch in Tirol erwartet.

Zudem bietet der Sicherheitsmonitor eine ständige Beurteilung der Effektivität und Effizienz der Maßnahmen und ermöglicht einen ständigen bundesweiten Informationsaustausch, der ein rasches bedarfsorientiertes Reagieren der zuständigen Organisationseinheiten ermöglicht.

Gleichzeitig wird auf die Qualitätssicherung bei der Tatortarbeit - Sachbeweissicherung auf hohem Niveau - und eine Verstärkung der Präventionsarbeit - zielgruppenorientierte

Prävention - durch Sensibilisierung der Bevölkerung (z. B. bei der Falschgeldkriminalität) gesetzt.

Die organisatorische Implementierung von zusätzlichen 150 Planstellen ermöglicht einen den kriminalpolizeilichen Brennpunkten angepassten konzentrierten Personaleinsatz, wodurch zukünftig auf kriminalpolizeiliche Bedrohungsszenarien rascher und flexibler reagiert werden kann.

Als weitere Maßnahme zur Hebung der Aufklärungsquote ist ein Projekt, mit dem der polizeiliche Erkennungsdienst österreichweit reformiert und in internationaler Hinsicht aktualisiert wird, geplant. Dadurch wird die kriminalpolizeiliche Effektivität wesentlich verstärkt und der im internationalen Vergleich hohe Sicherheitsstandard verbessert.